

Dienstleistungsauf... - 68885-2011

02/03/2011 S42 Mitgliedstaaten - Dienstleistungsauftrag - Auftragsbekanntmachung - Nicht offenes Verfahren

I.II.III.IV.VI.**D-Bonn: Personensonderbeförderung (Straße)****2011/S 42-068885****BEKANNTMACHUNG****Dienstleistungsauftrag****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER****I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)**

Bundesstadt Bonn, Liegenschaftsamt, Zentraler Vergabeservice (Amt 23-02)

Berliner Platz 2

Kontakt: Zentraler Vergabeservice (Amt 23-02)

z. H. Herrn Georg Ludwigs

53103 Bonn

DEUTSCHLAND

Tel. +49 228773679

E-Mail: georg.ludwigs@bonn.de

Fax +49 228773602

Internet-Adresse(n)Hauptadresse des Auftraggebers www.bonn.de/ausschreibungen**Weitere Auskünfte erteilen:** Bundesstadt Bonn, Schulamt (40-21)

Bottler Platz 1

Kontakt: Schulamt (40-21)

z. H. Herrn Alexander Müller

53103 Bonn

DEUTSCHLAND

Tel. +49 228774363

E-Mail: alexander.mueller@bonn.de

Fax +49 228775815

Internet: www.bonn.de/ausschreibungen**Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:** den oben genannten Kontaktstellen**Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen**I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)**

Regional- oder Lokalbehörde

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) BESCHREIBUNG****II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber**

Beförderung von zum Teil behinderten Kindern und Jugendlichen.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Dienstleistungsauftrag

Dienstleistungskategorie: Nr. 2

Hauptort der Dienstleistung Bonn.

NUTS-Code DEA22

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Beförderung von zum Teil behinderten Schülerinnen und Schülern zu Schulen der Bundesstadt Bonn mit Fahrzeugen ab 5 Fahrgastplätzen, zum Teil mit Sonderausstattung (zum Beispiel Rollstuhlfahrzeuge).

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

60130000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose

Ja

sollten die Angebote wie folgt eingereicht werden für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:

Nein

II.2) MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang**

Beförderung von zum Teil behinderten Schülerinnen und Schülern zu Schulen der Bundesstadt Bonn mit Fahrzeugen ab 5 Fahrgastplätzen, zum Teil mit Sonderausstattung (zum Beispiel Rollstuhlfahrzeuge) in mehreren Losen.

II.2.2) Optionen

Ja

Beschreibung der Optionen: Die vertragliche Laufzeit beträgt zwei Jahre, mit der Option der zweimaligen Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr.

II.3) VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG

Beginn: 7.9.2011. Ende: 21.7.2013

ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-Nr.: 1 BEZEICHNUNG: Beförderung vom zum Teil behinderten Kindern und Jugendlichen.

1) KURZE BESCHREIBUNG

Beförderung von zum Teil behinderten Schülerinnen und Schülern zu Schulen der Bundesstadt Bonn mit Fahrzeugen ab 5 Fahrgastplätzen, zum Teil mit Sonderausstattung (zum Beispiel Rollstuhlfahrzeuge).

2) GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)

60130000

3) MENGE ODER UMFANG

4) ABWEICHUNG VON DER VERTRAGSLAUFZEIT ODER DEM BEGINN BZW. ENDE DES AUFTRAGS

5) WEITERE ANGABEN ZU DEN LOSEN

Die genaue Anzahl der Lose ergibt sich aus den Vergabeunterlagen. Art und Umfang der Lose sind vergleichbar.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung

Nein

III.2) TEILNAHMEBEDINGUNGEN

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Mit dem Teilnahmeantrag sind vorzulegen:

— Führungszeugnis des Geschäftsführers nicht älter als 3 Monate bezogen auf den Einreichungstermin.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Mit dem Teilnahmeantrag sind vorzulegen:

— Auszug aus dem Gewerbezentralregister nicht älter als 3 Monate bezogen auf den Einreichungstermin,

— Vorlage einer Kopie des Versicherungsscheines über den Abschluss einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung aus der die Deckungssummen hervorgehen. Mindestdeckungssumme 2 500 000 EUR,

— Referenzen über vergleichbare Dienstleistungen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Mit dem Teilnahmeantrag sind vorzulegen:

— Angaben zur derzeitigen Fahrzeugverfügbarkeit und dem Fahrpersonal; anzugeben sind die Art des Fahrzeuges, die Größe bzw. die Anzahl der verfügbaren Fahrgastplätze und das Datum der Erstzulassung sowie die Anzahl des zur Verfügung stehenden Fahrpersonals.

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge

Nein

III.3) BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGSaufTRÄGE

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Nein

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen

Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) VERFAHRENSART

IV.1.1) Verfahrensart

Nichtoffenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer 5

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN

IV.2.1) Zuschlagskriterien

Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt

Nein

IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber

40-120780

IV.3.2)

Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

Nein

- IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen**
Die Unterlagen sind kostenpflichtig Nein
- IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge**
7.4.2011 - 23:59
- IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
- IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**
Deutsch.
- IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**
- IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **DAUERAUFTRAG**
Nein
- VI.2) **AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD**
Nein
- VI.3) **SONSTIGE INFORMATIONEN**
Die Teilnahmeanträge und die geforderten Nachweise und Erklärungen sind schriftlich in einem verschlossenem Umschlag unter Angabe der Kennzahl an die genannte Kontaktstelle zu richten. Teilnahmeanträge als Fax oder als E-Mail erfüllen dieses Kriterium nicht.
- VI.4) **NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**
Vergabekammer bei der Bezirksregierung Köln
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln
DEUTSCHLAND
E-Mail: vergabekammer@bezreg-koeln.nrw.de
Tel. +49 2211473116
Internet: www.bezreg-koeln.nrw.de
Fax +49 2211472889
- VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Hinsichtlich der Fristen zur Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 107 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen.
§ 107 lautet wie folgt:
Einleitung; Antrag.
(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;
(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 7 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, daß dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;
(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101b Abs. 1 Nr. 2.
§ 101a Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.
- VI.4.3) **Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind**
Siehe Punkt VI.4.3)
- VI.5) **TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**
25.2.2011